

Walter Neuling (B90/Grüne)

**Rede zum Haushalt 2020/2021 der Stadt Detmold
18.12.2019**

Die Aufgabe von Kommunalpolitik ist es, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu gewährleisten. Sie muss dies unter Berücksichtigung sich wandelnder gesellschaftlicher und ökologischer Gegebenheiten tun. In diesem Rahmen gilt das Wort von Friedrich Engels „Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit“, will heißen: „Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen.“(Friedrich Engels, Anti-Dühring)

Also: wenn wir unsere Freiheit und im weiteren Sinne unsere Lebensqualität sichern wollen, müssen wir uns den Notwendigkeiten, die sich aus dem Klimawandel ergeben, stellen.

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang fragen, ob unsere Definitionen von Lebensqualität in der Stadt zukünftigen Ansprüchen genügen. Wir wollen nicht den Einzelnen aus seiner Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu entlassen. Kommunalpolitik muss daher die Angebote an die Bürgerinnen und Bürger so gestalten, dass der Einzelne in der Lage ist, sein Verhalten zweckmäßig zu ändern.

Dazu müssen tradierte Definitionen von Stadtentwicklung in Frage gestellt werden:

- Eine Wohnungspolitik, in der das freistehende Einfamilienhaus das Maß aller Dinge ist,
- eine Wirtschaftsförderung, die sich an den Quadratmetern Gewerbegebiete misst,
- eine Innenstadtpolitik, die auf das Auto und Parkplätze setzt,
- eine Sozialpolitik, die Migration nicht mitdenkt,

all dies ist nicht mehr zeitgemäß. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, vor allem auch die Jüngeren, erwarten von uns ein radikales Umsteuern. Dies haben nicht zuletzt zwei eindrucksvolle Freitagsdemonstrationen in Detmold gezeigt.

Der hier vorgelegte Haushalt für die Jahre 2020 und 2021 wird diesem Anspruch nicht gerecht. Zaghafte Ansätze eines Umsteuerns werden von Ausgaben, die dem Mainstream der letzten 70 Jahre folgen, deutlich konterkariert.

Wie können und wollen wir zukünftig wohnen und arbeiten? Ansätze für die Zukunft sehen wir in der geplanten Entwicklung der Britensiedlung.

Innenverdichtung, neue intelligente Formen des Geschößwohnungsbaus, Mobilisierung innerstädtischer Brachflächen, neue Formen des Zusammenlebens mehrere Generationen, Genossenschaftsmodelle... diese Stichworte geben die Richtung vor.

Stattdessen ist im Haushaltsentwurf ein Betrag von mehr als 1 Mio. € vorgesehen, mit dem der Erwerb und die Entwicklung weiterer Teppichurbanisierung in Form von freistehenden Einfamilienhäusern in die freie Landschaft hinaus ermöglicht wird. Hier ist Kommunalpolitik

gefordert, dem vermuteten Bürgerwillen nicht nachzukommen und andere Entwicklungen zu fördern.

Wie können nachhaltige, flächenschonende und ressourcenneutrale Gewerbegebiete aussehen?

Statt diesen Fragen nachzugehen, weist der Haushaltsentwurf in traditionelle Logik einen Betrag von ca. 3,7 Mio€ für die Erschließung des Gewerbegebiets Balbrede aus. Dies übrigens ohne, dass es eine erkennbare Perspektive für die Verausgabung dieser Mittel in Form eines rechtskräftigen Bebauungsplanes gäbe.

In meiner letztjährigen Haushaltsrede habe ich gesagt: „Wir erklären die Parkplatzfrage zum Nabel der Welt. Reflektieren Sie einmal, in wieviel Ausschüssen und Sitzungen des vergangenen Jahres wir uns mit dem Thema Parken, Parkgebühren und Parkplätze beschäftigt haben.“ Ich habe mir kaum vorstellen können, dass dieser Wahnsinn noch steigerungsfähig wäre. Nach Schließung des Parkhauses Hornsches Tor ist auch ohne die nun fertiggestellten Parkplätze an der Hornschen Straße in diesem Sommer nicht der Notstand ausgebrochen. Trotzdem sollen für einen temporären Parkplatz auf der Bausohle des irgendwann einmal fertig abgerissenen Parkhauses Hornsches Tor für 350.000.-€ provisorische Parkplätze eingerichtet werden. Daneben wirken die im HFA beschlossenen zusätzlichen 100.000.-€ für den Rad- und Fußgängerverkehr doch sehr bescheiden.

Auch geistert der als „Multifunktionsgelände Heinrich Drake Straße“ geplante Parkplatzausbau auf den Lindenstandorten des Kaiser-Wilhelm-Platzes noch immer durch den Haushaltentwurf.

Unsere Vision ist die weitgehend autofreie Innenstadt. In dieser Richtung sollten die Planung für die Flächen am Lustgarten als Anwohnerparkraum entwickelt werden.

Dabei muss es uns doch im ersten Schritt gelingen, zumindest den Zuwachs im Verkehr zu stoppen. Auf die letzten 30 Jahre gesehen haben die CO₂ Zuwächse im Verkehr die Anstrengungen der privaten Haushalte zu Energieeinsparung und Energieeffizienz rechnerisch ausgeglichen.

Wir setzen weiter darauf, durch die entsprechenden Angebote für die Nutzung des ÖPNV, des Fahrrades oder E-Bikes ein für möglichst viele Menschen attraktives Gegenmodell zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang ein lobendes Wort. Die Geschäftsführung des svd hat ein Papier vorgelegt, in dem umfassende Attraktivitätssteigerungen des Busverkehrs dargestellt sind.

Dieses beinhaltet Ausdehnung der Betriebszeiten, Anpassung des Liniennetzes an sich verändernde Nachfrage, tarifliche Maßnahmen und vor allem auch punktuelle Vorschläge zu Neuaufteilung des Verkehrsraums mit dem Ziel der Beschleunigung der Busse. Die Einzelmaßnahmen werden in den zuständigen Gremien noch festgelegt, im Haushaltsentwurf ist aber finanzielle Spielraum zur Umsetzung von solchen Verbesserungen eingeplant.

Uns ist allen bewusst, dass die Wälder, der Baumbestand und die Biodiversität wichtige Element sowohl der CO2 Bindung als auch der Klimafolgenbewältigung sind. Warum handeln wir nicht danach?

Der Schutz unserer Stadtbäume muss hier höchste Priorität haben. Dazu gehört unverzichtbar die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung. Wir hatten beantragt, Personal bereit zu stellen, um im Dialog mit Politik, Bürgerschaft und Naturschutzverbänden den Entwurf einer zeitgemäßen und modernen Baumschutzsatzung zu erarbeiten. Diese könnte dann der neue Rat verabschieden. Dieser Vorschlag wurde leider abgelehnt. Es ist nur ein schwacher Trost, dass die Mittel zur Neuanpflanzung von Bäumen um 30.000.-€ erhöht werden sollen.

Ich habe viele Punkte, die zu einem kommunalen Klimaschutzkonzept gehören und zu denen wir z.T. Anträge gestellt hatten, hier nicht aufgeführt. Nur einige Stichworte:

- Erhöhung der Anschlussdichte im Fernwärmenetz, Zurückdrängung fossiler Brennstoffe in der Gebäudeheizung
- Anpassung des Stromnetzes an die Bedarfe der Elektromobilität
- Förderung und Entwicklung regionaler Produktions- und Transportstrategien, insbesondere bei Lebensmittel
- Verzahnung der nicht auf Verbrennungsmotoren basierenden Verkehrsmittel
- Erarbeitung von Biodiversitätsstrategien für städtische Flächen

Für die Entwicklung und Koordinierung solcher Maßnahmen, aber auch für die Vermittlung und Umsetzung in die Bürgerschaft hinein bedarf es eines Klimaschutzmanagers. Viele Städte haben eine solche Person seit langem und erfolgreich, häufig gibt es Förderungen hierzu. Aber auch in diesem Jahr wurde ein entsprechender Antrag von uns abgelehnt.

Nach Beratung in der Fraktion sind wir uns einig: Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist massiv geprägt vom „weiter so“, es ist keine Bereitschaft zum notwendigen radikalen Umsteuern erkennbar, einzelne Placebos helfen da auch nicht weiter.

Wir werden daher dem Haushalt nicht zustimmen.